

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Hilmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 886 846 pptn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB beschreibt die UNO-Politik der Sozialdemokraten: **Zivilmacht Deutschland.**

Seite 1

Claus Schmiedel MdL setzt sich mit dem Dualen System Deutschland auseinander: **Ökologischem Unsinn folgt ökonomischer Wahnsinn.**

Seite 3

Dr. Heinz Kaiser MdL fordert ein konsequentes Vorgehen der bayerischen Staatsregierung gegen die illegale Beschäftigung: **Nachwächter-Einstellung gegenüber Wirtschaftskriminellen aufgeben.**

Seite 4

Rezensien

Peter Manstein stellt das Buch "Hitlers Wähler" von Jürgen W. Falter vor: **NSDAP - eine "Volkspartei des Protests".**

Seite 5

48. Jahrgang / 172

9. September 1993

Zivilmacht Deutschland

Wie die Sozialdemokraten unser Verhältnis zur UNO sehen

Von Karsten D. Voigt MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Gründung der Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg war eine Antwort auf den deutschen und japanischen Militarismus und Faschismus. Während der Jahrzehnte des Kalten Krieges blockierte der häufige Gebrauch des Veto-Rechtes das sicherheitspolitische Instrumentarium des Sicherheitsrates. Das hat sich mit Ende des Kalten Krieges grundlegend geändert.

Die anfängliche Unterstützung der Vereinigten Staaten für die Vereinten Nationen legte sich bald, als im Zuge der Entkolonialisierung der Einfluß der Entwicklungsländer in der Vollversammlung und den Nebenorganisationen der Vereinten Nationen immer mehr zunahm. Diese negative Einstellung der USA zu den Vereinten Nationen begann sich erst am Ende der Präsidentschaft Bushs und unter Präsident Clinton zu ändern. Erst Präsident Clinton war bereit, amerikanische Truppen in Somalia einem Blauhelm-Kommando der Vereinten Nationen zu unterstellen. Dieser Schritt ist in den USA weiterhin umstritten. Das Auftreten von US-Soldaten in Somalia zeigt, daß es den an nationale Großmacht-Traditionen gewohnten US-Kommandeuren weiterhin schwerfällt, sich den für UN-Blauhelme geltenden Regeln anzupassen.

Den Beitritt Deutschlands zu den Vereinten Nationen setzte die sozial-liberale Regierung Willy Brandt gegen den Widerstand von CDU/CSU durch. Die CDU/CSU stellte Vorbedingungen für den Beitritt, darunter auch die Forderung nach einer vorhergehenden Änderung der UN-Charta. SPD und FDP setzten jedoch gemeinsam in einer Kampfabstimmung den vorbehaltlosen Beitritt durch. Der SPD-Bundesparteitag in Hannover stellte im Anschluß an den Beitritt bereits im Jahre 1973 nüchtern fest: "Für die Bundesrepublik Deutschland wird diese neue Aufgabe mehr Mitverantwortung in der Weltpolitik mit sich bringen". Willy Brandt schrieb am 15. August des gleichen Jahres an Walter Scheel: "In aktuellen Konflikten, in denen die Vereinten Nationen befasst sind, wird die Bundesregierung im Einzelfall sorgfältig prüfen müssen, ob eine Beteiligung an Maßnahmen der Vereinten Nationen möglich und zweckmäßig ist". Im Dezember 1979 schließlich forderte der SPD-Parteitag in Berlin kurz und bündig: "Die friedenssichernden Funktionen der Vereinten Nationen müssen wirksam unterstützt werden."

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Prossothaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 06, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mt,
zuzügl. MwSt. und Versand.

Printed in Germany
and printed on
Recycled Paper



Aufgrund dieser Vorgeschichte wäre nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes folgende Kontroverse zu erwarten gewesen:

Die CDU/CSU setzt sich nach Erlangung der deutschen Einheit und Souveränität unter dem Leitmotiv "Normalisierung" für eine an den klassischen westlichen Interventionsmächten Frankreich, Großbritannien, USA orientierte Neubestimmung deutscher Machtpolitik ein, die deutsche Interessen auch mit Hilfe des Einsatzes deutscher Soldaten prinzipiell weltweit zur Geltung bringen möchte - und dies auch ohne die als lästig empfundene einschränkende Bindung an die Beschlüsse und Kontrolle des UN-Sicherheitsrates oder der KSZE.

Die aus sozialdemokratischen Traditionen logische Alternative zur CDU/CSU wäre gewesen:

Die SPD engagiert sich im Sinne ihres Ideals einer Weltinnenpolitik für die Stärkung und Reform der Vereinten Nationen. Wie in der Innenpolitik legt sie den Schwerpunkt auf Krisenvorsorge und Gewaltverhinderung. Da die SPD weiß, daß nur Großmächte sich eine schwache UNO leisten können, wird sie zum Vorreiter einer deutschen Beteiligung an den friedens- und sicherheitspolitischen Maßnahmen der Vereinten Nationen einschließlich der Beteiligung an Blauhelmen.

Der Entwurf für eine Änderung des Grundgesetzes, den die Bundesregierung Kohl/Kinkel vorgelegt hat, entsprach den Traditionen der deutschen Konservativen: er soll weitweite militärische Interventionen der Bundeswehr auch ohne vorhergehende Entscheidung der Vereinten Nationen oder der KSZE ermöglichen.

Der Entwurf der SPD für eine Änderung des Grundgesetzes lehnt in der Logik sozialdemokratischer Traditionen diesen Irrweg der "Normalisierung" militärischer Macht- und Interventionspolitik ab. Aber er befürwortet die Konsequenzen des genuin sozialdemokratischen Zieles einer Weltinnenpolitik nur mit Vorbehalt, weil er die Beteiligung an bestimmten, vom Sicherheitsrat beschlossenen Zwangsmaßnahmen (der in der deutschen Innenpolitik verwandte Begriff "Kampfeinsatz" kommt in dieser Form in der UN-Charta nicht vor) von vornherein ausschließt, statt im Bundestag von Fall zu Fall mit qualifizierter Mehrheit zur Prüfung des Ob und Wie bereit zu sein.

In der bisherigen Praxis der Vereinten Nationen dominieren die friedenserhaltenden Blauhelm-Einsätze. Das ist gut so und wird hoffentlich auch weiter so bleiben. Aber war die Beteiligung an Zwangsmaßnahmen der Vereinten Nationen wie der Durchsetzung von Embargos, den Schutz bestimmter Gebiete wie im Nord-Irak für die Kurden oder der Lieferung von Hilfsgütern für Belagerte und Bedrängte auch gegen den Willen bewaffneter warlords von vornherein verweigert, ist konzeptionell nicht voll glaubwürdig, wenn er sein Streben nach sozialdemokratischer Weltinnenpolitik dem Drängen der CDU/CSU auf die Normalisierung deutscher Machtpolitik entgegensetzt.

Hanna W. Maul hat in mehreren Artikeln im "Europa-Archiv" und in den "Blättern für deutsche und internationale Politik" eine Konzeption für eine "Zivilmacht" Deutschland entwickelt. Ihr wichtigster Bestandteil ist das Bekenntnis zum prinzipiellen Vorrang des Multilateralismus vor deutschen Alleingängen. Für ihn - wie für mich - ist die Bereitschaft zur Beteiligung an den vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossenen Maßnahmen einschließlich von Zwangsmaßnahmen zwar bei weitem nicht der wichtigste, wohl aber ein unverzichtbarer Bestandteil einer Konzeption für eine "Zivilmacht" Bundesrepublik.

Diese Stimmigkeit der sozialdemokratischen Konzeption ist mein wichtigstes Motiv beim Drängen auf eine Änderung der geltenden Beschlüsse.

(-/9. September 1993/rs/ks)

Ökologischem Unsinn folgt ökonomischer Wahnsinn
Der grüne Punkt allein löst kein Abfall-Problem

Von Claus Schmiedel MdL
Umwelt-Experte der SPD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag

Das aktuelle Debakel des Dualen Systems Deutschlands (DSD) ist insbesondere auf schwere Mängel in der Konzeption der Töpfer'schen Verpackungsverordnung zurückzuführen. Auch wenn nach der Krisensitzung vom letzten Freitag in Bonn das Duale System in seinem Bestand vorerst auf unbestimmte Zeit finanziell abgesichert worden ist, sind damit die Probleme des Verpackungsmülls noch lange nicht gelöst. Weil die Verpackungsverordnung die Verpackungsflut nicht wirksam eindämmt, entwickelte sich das Duale System zwangsläufig zu einem Faß ohne Boden. Aus ökologischem Unsinn folgt so ökonomischer Wahnsinn.

Erforderlich ist eine grundlegende Reform der Verpackungsverordnung und des Dualen Systems. Der Vermeidung muß endlich höchste Priorität eingeräumt werden, erst danach darf die Wiederverwertung kommen. Zu bemängeln ist besonders, daß jede Schrotterpackung den Grünen Punkt bekommt. Es ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr länger zuzumuten, daß sie für die ökologisch unsinnig verteilten Grünen Punkte den Transport und die Sortierung für am Ende doch nicht wiederverwertbaren Verpackungsmüll zahlen müssen. Die rechtlichen Regelungen zur Entsorgung von Verpackungsabfällen müssen deshalb grundlegend geändert werden.

Im Einzelnen fordert die baden-württembergische SPD-Landtagsfraktion, daß der Grüne Punkt nur noch auf Verpackungen gedruckt werden darf, die nachweislich im Inland ökologisch sinnvoll stofflich verwertet werden oder biologisch abbaubar sind. Nur noch diese verwertbaren Verpackungen sollen durch das Duale System eingesammelt, sortiert und wiederverwertet werden. Die nicht verwertbaren Einwegverpackungen sollen mit einer Verpackungsabgabe belegt und direkt mit dem übrigen Hausmüll entsorgt werden. Diese Verpackungsabgabe soll den Kommunen zur Deckung ihres Entsorgungsaufwandes zufließen. Zugleich muß sie eine ökologische Lenkungsfunktion zur Vermeidung überflüssigen Verpackungsmaterial erfüllen.

Eine weitestgehende ökologische Verträglichkeit notwendiger Verpackungen kann nur durch direkte Vorgaben über die Beschaffenheit und Normierung sowie die Kennzeichnung von Verpackungen erreicht werden. Ferner fordern wir Verbote umweltschädlicher Verpackungsmaterialien sowie Mehrweggebote und Einwegverbote vor allem in Getränkereich.

Nur eine eindeutige Kennzeichnung der Verpackung als Mehrwegsysteme, stofflich sinnvoll verwertbare Verpackungen oder als nicht verwertbare Einweg-Verpackungen ermöglicht den Verbrauchern eine bewußte Kaufentscheidung zugunsten der Umwelt. Wir nehmen Bundesumweltminister Töpfer beim Wort, der eine vorbehaltlose Überprüfung der Verpackungsverordnung vornehmlich unter der Berücksichtigung ökologischer Ansprüche angekündigt hat.

{/9. September 1993/rs/ks}

Nachwächter-Einstellung gegenüber Wirtschafts-Kriminellen

Die bayerische Staatsregierung soll endlich gegen die illegale Beschäftigung konsequent vorgehen

Von Dr. Heinz Kaiser MdL

Wirtschaftspolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Das bayerische Justizministerium will für den Kampf gegen kriminelle Machenschaften durch illegale Beschäftigung weder zusätzliche Sonderkommissionen bei der Polizei schaffen, noch ist es bereit, Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften zu bilden. Dies ist der Antwort von Justizminister Hermann Leeb (CSU) auf meine Parlamentsanfrage zu entnehmen. Der Minister hält es für ausreichend, daß in München und Mittelfranken Fachkommissariate der Polizei zur Verfügung stehen und daß die Verfahren bei den für das Steuerstrafrecht zuständigen Staatsanwaltschaften konzentriert sind.

Mit einer solchen Nachwächtereinstellung toleriert das bayerische Justizministerium das betrügerische Treiben jener Firmen, die die Staats- und Sozialkassen um zig Milliarden Mark prellen und die von ihnen ausgeliehenen Arbeiter ausbeuten. Meinen Vorwurf sehe ich auch durch die Tatsache untermauert, daß es in Bayern nicht einmal aktuelle und miteinander vergleichbare Statistiken über die Anzahl der Ermittlungen und die Verurteilungen gibt.

So sind nach Angaben des Justizministers in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 1990 in Bayern bei 195 Tatverdächtigen 668 Vergehen nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) und dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) erfaßt worden. In der Strafverfolgungsstatistik werden aber nur 25 rechtskräftig verurteilte Personen aufgeführt. Im Bereich der alten Bundesländer gab es 1990 1.544 Ermittlungsfälle, aber nur 68 Verurteilungen. Der Minister versucht dieses eklatante Mißverhältnis zwischen Verstößen und Strafen mit dem Hinweis abzuschwächen, daß die beiden Statistiken "nicht miteinander vergleichbar und die erfaßten Zeiträume auch nicht deckungsgleich sind". Die PKS erfasse die innerhalb eines Jahres bekanntgewordenen Straftaten und die aufgeklärten Straftaten sowie die ermittelten Tatverdächtigen. Demgegenüber erfasse die Strafverfolgungsstatistik nur die rechtskräftig abgeurteilten Personen.

Meine Auskunft erhielt ich auf meine Frage nach Zahl und Art eingestellter einschlägiger Ermittlungsverfahren. Dies werde statistisch nicht erfaßt, erklärte CSU-Minister Leeb. Warum eigentlich nicht? Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hatte in einem Schreiben an die Bundesjustizministerin nicht nur eindringlich um eine nachhaltige Unterstützung der Justiz beim Kampf gegen illegale Beschäftigung gebeten, sondern auch ausdrücklich davor gewarnt, "daß Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt werden, nur weil die soziale Gefährlichkeit der Beschäftigung oder des Entleihs eines ausländischen Arbeitnehmers ohne Arbeitslaubnis unter ausbeuterischen Bedingungen oder die Störung des Arbeitsmarktes durch umfangreiche oder wiederholte illegale Ausländerbeschäftigung nicht erkannt werden".

Als unverständlich empfinde ich die Haltung Leeb's zu der von Arbeitsminister Blüm ebenfalls kritisierten Tatsache, "daß die Straftatbestände des AFG und des AÜG in der staatsanwaltlichen Praxis zu oft als Nebenstrafrecht angesehen und von der Justiz nicht in dem wünschenswerten Umfang angewandt werden". Eine Verurteilung, so Leeb, scheitert "häufig am konkreten Tatnachweis". So sei der Nachweis, daß die nichtdeutschen Arbeitnehmer zu Arbeitsbedingungen beschäftigt werden, die in einem auffälligen Mißverhältnis zu denjenigen vergleichbarer deutscher Arbeitnehmer stehen, häufig schwer zu erbringen.

Das ist schlicht eine faule Ausrede für allzu lasches Handeln der bayerischen Justiz. Ich fordere das bayerische Justizministerium daher noch einmal auf, den eindringlichen Appellen des Bundesarbeitsministers an die Landesjustizverwaltungen zu folgen und die illegale Beschäftigung dadurch verstärkt zu bekämpfen, daß

1. Schwerpunktstaatsanwaltschaften und Sonderkommissionen gebildet werden,

2. die Straftatbestände nach den einschlägigen Gesetzen bei der Anklageerhebung mehr Beachtung finden als bisher, und
3. die Arbeitsbehörden veranlaßt werden, festgestellte Sachverhalte grundsätzlich den Strafverfolgungsbehörden anzuzeigen.

Ich verweise auf Aussagen eines in "Baumafia-Strukturen" ermittelnden Steuerfahnders, der vermutet, "daß wir nicht 30, sondern nur drei Prozent der Fälle aufklären" und dem Staat durch Leiharbeit und enorme sonstige Schwarzarbeit am Bau vorsichtig kalkuliert 50 Milliarden Mark jährlich entzogen werden. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, bestätigt ebenfalls, daß der Bau besonders anfällig für Illegalität ist. Aus jedem Prozeß gegen "Kollegen" hätten die unentdeckten Leiharbeit-Impresarios gelernt, die Betrugsmethoden zu "verfeinern". Ein Arbeitsamts-Vertreter sagte mir: "Das Geschäft mit Leiharbeit bringt mehr als der Drogenhandel - es ist nur ungefährlicher". Bundesarbeitsminister Blüm schließlich drückt seine Sorgen etwas verhaltener aus, aber auch er meint, daß "es nicht hingenommen werden kann, daß unsolidarisches Verhalten auf dem Arbeitsmarkt zu Lasten der Solidarität übrigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ungeahndet bleibt."

Dies alles müßte eigentlich auch dem bayerischen Justizminister zu denken geben. Es ist die Pflicht eines der gesamten Gemeinschaft verpflichteten Ministers für deren Schutz vor rigorosen Geschäftemachern zu sorgen und sie hinter Schloß und Riegel zu bringen.

(-/9. September 1993/rs/ks)

REZENSION

Die NSDAP - eine "Volkspartei des Protests"

Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, Verlag C. H. Beck, 443 Seiten, 84 DM.

Eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für die Machtübertragung an Hitler durch entscheidende Teile der deutschen Elite war es sicher, daß die NSDAP 1930 erdrutschartig zweitstärkste und 1932 bei weitem stärkste Partei wurde. Wer waren die Deutschen, die dieser "bis dato unmenschlichsten aller totalitären Parteien" ihre Stimme gaben?

Das Buch will in erster Linie die Anfälligkeit oder Resistenz gegenüber dem Nationalsozialismus nach verschiedenen demographischen und sozialen Kategorien feststellen, um so empirisch gesicherte Grundlagen zu geben für die Frage, warum so viele Deutsche Hitler wählten. Wer votierte also in den Präsidentschafts- und Reichstagswahlen 1924 bis 1933 eher für die NSDAP - Männer oder Frauen, Protestanten oder Katholiken, Dörfler, Kleinstädter oder Großstädter, jüngere oder ältere, Neu- oder Altwähler? Aus welchen Parteien stießen sie zur NSDAP und wie stark waren die einzelnen sozialen Schichten vertreten? Wie war ihre wirtschaftliche Lage? Waren es eher Berufstätige oder Arbeitslose, "Berufslose" (Rentiers, Pensionäre, Rentner) oder Berufstätige? Welches Gewicht haben diese Merkmale untereinander und in welcher Kombination treten sie bei den Wählern Hitlers bevorzugt auf?

Anlaß, aber auch Crux der Untersuchung ist, daß es in der Weimarer Republik noch keine Repräsentativbefragungen der Wähler gab. Die Forschergruppe um Falter hat deshalb in einem aufwendigen Projekt die Sozialstrukturdaten sämtlicher Kreise des Deutschen Reiches ermittelt, aufbereitet und mit den Wahldaten in Beziehung gesetzt. Diese "Gebietskorrelationen" sind zwar methodisch nicht zu beanstanden, beantworten aber noch nicht die angeführten, eigentlich interessierenden Fragen auf der Wählerebene. Versäumt wurde es leider nach 1945 - abgesehen von einem rudimentären Ansatz bei Infas 1983 - die ehemaligen Wähler direkt zu befragen, das Eisen war wohl zu heiß. Mittlerweile hat sich diese Möglichkeit biologisch erledigt, wenn man bedenkt, daß die jüngsten Wahlberechtigten von damals heute über 80 Jahre alt sind.

Indem er Unsicherheiten durch unbeweisbare Annahmen bewußt in Kauf nimmt, wagt Falter aber auch den Schluß von der Gebiets- auf die Wählerebene. Hoch anzurechnen ist dem Autor dabei, daß er immer wieder die Grenzen und Umwägbarkeiten dieser Aussagen hervorhebt. Ihren Charakter als bloße Schätzungen. Er weist auch auf die in sozialgeschichtlicher Hinsicht beschränkte Aussagekraft der zugrundeliegenden Mammutkategorien der Volkszählung (etwa für Arbeiter und Angestellte) hin.

Zusätzlich muß man aber beachten, daß die komplexen Berechnungen auf Modellen beruhen, die willkürlich gesetzt, nicht diskutiert werden und keinesfalls per se einleuchten. Hier zeigt sich, daß derjenige, der vorgibt, "primär erfahrungs-wissenschaftlichen Erkenntnisidealen verpflichtet" zu sein und zunächst nur das "wer" feststellen will, auch schon immer implizit das "warum" behandelt, ein Theoriegebäude nicht erst nachträglich auf "gesichertem" Boden errichtet wird. Falter demonstriert selbst, wie leicht sich die Resultate schon bei einer geringfügigen Variation seiner "Modellspezifikation" ändern. Allerdings klärt er nicht alle Unterschiede auf, die sich zwischen den Zahlen seiner zahlreichen Aufsätze zum Thema (zum Beispiel in: Archiv für Sozialgeschichte 1986) und denen des Buches ergeben.

Innerhalb der erwähnten Schranken kommt Falter zu dem Generalergebnis, daß man die NSDAP statt wie früher meist als fast reine Mittelstandsbewegung jetzt als "Volkspartei des Protests" bezeichnen müsse, höchstens mit einem moderaten "Mittelstandsbauch". Arbeiter waren zum Beispiel stark, aber immer noch unterdurchschnittlich anfällig, ebenso Angestellte - beides nicht gerade Bestätigungen der Mittelstandstheorie. Jedenfalls trug die NSDAP "mehr als jede andere große Partei der damaligen Zeit Volkspartei Charakter", wobei dieser Begriff nur auf die Sozialstruktur der NSDAP gemünzt ist - nicht verwunderlich bei einer derart vehement antidemokratischen Partei.

Mit der vorliegenden systematischen Studie scheinen die Möglichkeiten dieser Art von Schätzungen des reichsweiten Wählerverhaltens in der Weimarer Republik zunächst ausgereizt. Jetzt müssen wohl die Motive der NSDAP-Wähler direkter erfaßt werden, um so die solchen Berechnungen zugrundeliegenden Modelle zu verbessern. Aussichtsreich erscheinen hier zum Beispiel Studien vor Ort oder die Auswertung zeitgenössischer Briefe und Tagebücher. Auch die letzten lebenden Zeitzeugen sollte man nicht vergessen.

Gerade angesichts der methodischen Komplexität des Themas und der breit verstreuten Forschungsliteratur ist es ein echtes Manko, daß dem Buch ein Literaturverzeichnis ebenso wie ein Register fehlt.

Peter Manstein

(-/9. September 1993/rs/ks)
